

Tripolitanien ist kein gescheiterter Staat

Im Westen Libyens geht trotz den politischen Problemen das Leben weiter

Der westliche Teil Libyens, Tripolitanien, ist ein fragiler Rumpfstaat. Die Regierung in Tripolis versucht so gut wie möglich, staatliche Aufgaben wahrzunehmen. Doch der Bürgerkrieg und radikale Jihadisten bedrohen die Zukunft des Landes.

Beat Stauffer, Tripolis/Misrata

Wer in diesen Tagen eine Reise durch den Westen Libyens unternimmt, gewinnt Eindrücke, die sich stark von den in den meisten westlichen Medien verbreiteten Horrormeldungen unterscheiden. Die Limousine, die den Reporter im tunesischen Zarzis abholt, fährt über den Grenzübergang von Ras Jedir in zügigem Tempo in die rund 250 Kilometer entfernt gelegene libysche Hauptstadt Tripolis. Von Kriegsschäden ist auf der Strasse nichts zu sehen. Dafür wird alle paar Dutzend Kilometer jedes Fahrzeug von uniformierten Sicherheitskräften kontrolliert. Die Zeiten, in denen junge, bewaffnete Milizionäre in T-Shirts und Trainerhosen diese Aufgabe wahrnahmen, sind vorbei. Nur ab und zu sind noch «wilde» Milizionäre zu sehen, die in verspritzten Autos herumrasen und sich wie kleine Warlords gebärden.

Gewisse Normalität

Wüsste der Reporter nicht vom Konflikt zwischen den beiden verfeindeten Lagern im Land, der Regierung von Tobruk und jener von Tripolis, so käme er nie auf die Idee, dass auf dieser Fahrt Gefahren lauern könnten. Es ist womöglich eine trügerische Ruhe. Dennoch lässt sich festhalten, dass die Strassenverbindung zwischen Tripolis und der tunesischen Grenze – die eigentliche Lebensader Tripolitaniens – zurzeit gesichert ist.

Auf der Fahrt nach Tripolis und weiter nach Misrata sind viele brachliegende Äcker, aber auch Getreidefelder kurz vor der Ernte und gepflegte Olivenhaine zu sehen. Vorbeiziehende Ortschaften mit modernen Supermärkten, Fast-Food-Lokalen und Cafés zeugen von erstaunlichem Wohlstand. Besonders auffällig wird dies in der Hafenstadt Zuwara, von wo aus afrikanische



Polizeikräfte schützen die libysche Hauptstadt Tripolis.

Migranten in Richtung Süditalien ablegen. Gut verdienende Schlepperorganisationen haben hier Hochkonjunktur. Auch die Hauptstadt vermittelt ein Bild von Normalität. Am frühen Abend herrscht dichter Stossverkehr auf der Avenue Omar al-Mukhtar, einer der Hauptachsen im Zentrum von Tripolis. Lichtsignalanlagen funktionieren, auf den Gehsteigen sind zahlreiche Menschen unterwegs, auch die Cafés sind gut gefüllt. An allen Verkehrskreuzungen und Strassenkreuzungen sind junge dunkelhäutige Männer zu sehen, die offensichtlich auf der Suche nach Arbeit sind. Auf dem Märtyrer-Platz, wo Ghadhafi einst seine Revolutionsfeiern veranstaltete, spielen Kinder.

Gespräche und Beobachtungen in den folgenden Tagen bestätigen den Eindruck, dass Tripolis zu einer gewissen Normalität zurückgefunden hat. Die staatliche Verwaltung, seit rund acht Monaten unter Kontrolle von «Fajr

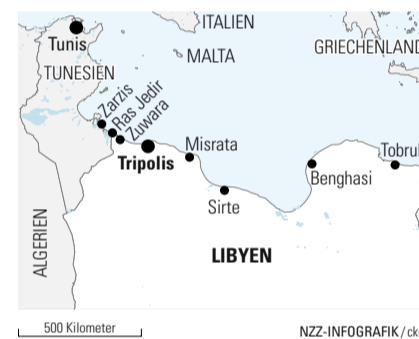
Libya», dem politischen Lager der Tripolis-Regierung, scheint weitgehend zu funktionieren, und auch die Schulen sind weiterhin in Betrieb: Jeden Morgen gegen acht Uhr stimmen die Schüler vor Beginn des Unterrichts in Reih und Glied die Nationalhymne an.

«Wenig Ideologie, viel Politik»

Dabei steht ausser Zweifel, dass die Lage in Tripolis wie auch im gesamten Westen des Landes weiterhin angespannt bleibt. Das hat mit dem bisher ungelösten politischen Konflikt zwischen den beiden verfeindeten Lagern, Fajr Libya («Morgenröte Libyens») und Karama («Würde») zu tun, welche je über ein Parlament und eine Regierung verfügen. Zwar ist die Hauptstadt Tripolis grösstenteils unter der Kontrolle von Fajr Libya. Doch auch hier verfügt General Khalifa Haftar über Anhänger, und die Stadt Zintan, rund 150 Kilometer südwestlich von Tripolis, ist seine wichtigste Bastion in Tripolitanien.

«Wir Libyer verstehen nicht, weshalb europäische Medien derart falsche Informationen über die Sicherheitslage im Westen Libyens verbreiten», sagt der Schriftsteller Abdelrauf Bel Amin. Er beklagt sich auch darüber, dass Fajr Libya pauschal als islamistisch bezeichnet werde. Radikale Islamisten stellen im Westen nur eine Minderheit dar.

Ähnlich argumentiert Abdurrahman Sewehli, Gründer der Partei «Union for Homeland» und Abgeordneter der



Stadt Misrata. Es sei eine oberflächliche und naive Analyse, sagt Sewehli, den gegenwärtigen Konflikt in Libyen als einen Kampf zwischen gemässigten, säkularen Kräften einerseits und islamistischen Hardlinern andererseits zu erklären. Der Kampf in Libyen habe «sehr wenig mit Ideologie und sehr viel mit Politik» zu tun.

Wie aber präsentiert sich die Lage aus der Optik einer lokalen Stadtverwaltung? Wir befragen dazu Abdelrauf Beitelmal, Ingenieur und Mitglied der gewählten Stadtregierung von Tripolis. «Das Leben nimmt in Tripolis seinen normalen Gang», sagt Beitelmal in perfektem Englisch. Die Exekutive der Hauptstadt verfüge allerdings seit acht Monaten über kein Budget mehr, und die Wirtschaft leide stark unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Entsprechend gebe es zahlreiche Probleme, und die Stadt könne viele Aufgaben zurzeit nicht mehr bewältigen.

Andere Gesprächspartner stellen die Lage ganz ähnlich dar. Sie bedauern, dass fast alle westlichen Botschaften nach den Kämpfen um den Flughafen geschlossen wurden und die meisten Nichtregierungsorganisationen das Land verlassen haben. Zwar verfügt Libyen dank funktionierenden Erdölausfuhren noch immer über genügend Mittel, um die staatlichen Ausgaben zu finanzieren. Doch längerfristig, so meinen alle Befragten, könne sich Libyen die gegenwärtige Situation nicht leisten.

Die Lage ist somit unbestritten schwierig. Dennoch kann von einem gescheiterten Staat im Westen Libyens keine Rede sein. Ebenso abwegig ist ein Vergleich mit Syrien. Ganz anders sieht die Lage allerdings in Benghazi im Osten des Landes sowie in jenen Städten aus, in denen sich die Terrorzellen des Islamischen Staats (IS) festgesetzt haben. Die dortige Lage halten alle Gesprächspartner für bedrohlich, und sie fordern in dieser Sache dringend Unterstützung aus Europa. Für Fajr Libya ist dabei klar, dass einzig eine Zusammenarbeit von Europa mit der Regierung in Tripolis zielführend sein kann.

In der «Märtyrerstadt»

Interessant sind auch die Beobachtungen und Begegnungen in der Industrie- und Handelsstadt Misrata, der drittgrössten Stadt Libyens. Misrata war von Ghadhafi-Truppen wochenlang belagert worden; rund 1800 Personen verloren dabei ihr Leben. Die stark umkämpfte Hauptachse, die Tripolis-Avenue, ist bis heute von zerbombten Gebäuden gesäumt. Dort steht auch ein Museum zu Ehren der Aufständischen. Nicht ohne Grund fühlen sich die Einwohner von Misrata als diejenigen «Märtyrer», welche für die Revolution die grössten Opfer brachten.

Misrata gilt als die zurzeit sicherste Stadt Libyens. Supermärkte und Kleidergeschäfte in der Innenstadt buhlen um Kunden, junge Männer donnern mit Vierrad-Motorrädern über die breiten Strassen. Und Misrata ist erstaunlich sauber. Die Quartiere würden teilweise von Bürgerkomitees gereinigt, erklärt mein Begleiter.

Der Reporter wird eines Abends zu einem Familienfest eingeladen. Ausnahmslos alle Männer tragen eine Art lokales Festtagsgewand. Man sitzt in kleinen Gruppen auf Teppichen am Boden und isst aus einer gemeinsamen Schüssel. Frauen sind keine zu sehen; sie essen in einem separaten Raum. Libyen ist eine sehr konservative Gesellschaft. Ein paar Buben interessieren sich für den fremden Gast. Alle verfügen über ein Smartphone. Einer erzählt, dass der Vater seines vierjährigen Cousins von einem Scharfschützen tödlich getroffen wurde, als ihm der Kleine auf dem Schoss sass. Und dann zeigt er die Bilder des sterbenden Ghadhafi, die er auf seinem Handy abgespeichert hat.

Frankreich gegen Flüchtlingsquoten

Premierminister Valls korrigiert Äusserung von Innenminister Cazeneuve

Tz. Paris · Der französische Premierminister Manuel Valls hat sich gegen die letzte Woche von der EU-Kommission vorgeschlagenen Flüchtlingsquoten ausgesprochen. Er korrigierte damit den Innenminister Bernard Cazeneuve, der anfänglich erklärt hatte, dass die Vorschläge der von Jean-Claude Juncker präsidierten Kommission von französischen Vorstössen inspiriert seien und es nur normal sei, die Asylsuchenden auf die EU-Mitgliedstaaten zu verteilen. Zwar hielt Valls fest, dass in der EU mehr Solidarität erforderlich sei, doch zugleich machte er geltend, dass Frankreich bereits viele Asylsuchende aufgenommen und mehr als andere Mitgliedstaaten unternommen habe und dem Rechnung getragen werden müsse.

Stattdessen sprach sich Valls vorab für einen besseren europäischen Grenzschutz sowie einen verschärften Kampf

gegen Schlepperbanden aus. Zudem plädierte er für eine intensivere Kooperation zwischen der EU und den Ländern, aus denen die Migranten nach Europa kommen.

Sarkozy erst recht dagegen

Zur Unterstreichung seiner härteren Haltung machte Valls am Wochenende auch einen Abstecher an die französisch-italienische Grenze, wo in den letzten Tagen Hunderte illegaler Migranten nach Frankreich einzureisen versuchten. Bei der Gelegenheit bekräftigte Valls, dass illegale Migranten zurückgewiesen würden. Erst recht gegen den Vorschlag von Flüchtlingsquoten wandte sich der frühere Staatspräsident Nicolas Sarkozy, der nun wieder die führende bürgerlich-konservative Oppositionspartei UMP dirigiert. Die Quoten liefen auf noch

mehr Flüchtlinge hinaus, für die weder Geld noch Arbeit vorhanden sei.

Festhalten an Dublin-Regeln

Laut Informationen der französischen Grenzpolizei sucht die Mehrheit der Neuankommende Asyl, wobei die italienischen Behörden ihnen nicht einmal mehr die Fingerabdrücke nehmen würden. Dadurch werde jedoch die Anwendung des bisherigen Dublin-Reglements verunmöglicht, laut dem die Asylsuchenden von den EU-Staaten, in denen sie zuerst ankommen, betreut werden müssten. Und wie Harlem Désir, der Staatssekretär für EU-Fragen, am Montag erklärte, will Frankreich auf der Beibehaltung der bisherigen Regelungen beharren, und diese seien mit der von der EU-Kommission propagierten Quotenregelung unvereinbar.

jede Menge Möbel fürs Wohnen, Sofas, Sessel, Stühle, Tische, Betten, Sideboards, Leuchten etc, von Alias, Cassina, Classicon, Tom Dixon, Established & Sons, Fritz Hansen, Röthlisberger, Vitra, Zanotta etc, Büromöbel, USM Haller etc

Abbitare
special
Sale

Dienstag, 19. Mai
bis Sonntag, 3. Juni
10 bis 20 Uhr
Löwenstrasse 40
Zürich (Nähe Globus)